

# Das muss sich ändern!

## Notwendige Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung

Die GLS Bank ist ein Finanzinstrument, um Geld dorthin zu bringen, wo es für eine nachhaltige Entwicklung gebraucht wird. Unsere über 210.000 Kundinnen und Kunden leisten bundesweit wesentliche Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft. Darunter sind 25.000 kleine und mittlere Unternehmen, die zeigen, dass konsequent nachhaltiges Wirtschaften auch ökonomisch erfolgreich ist. Und eine gesunde Wirtschaft, die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt, ist langfristig das beste Mittel gegen Terror und Flucht und für ein friedliches Zusammenleben. So gestalten wir gemeinsam u.a. die ökologische Landwirtschaft, freie Bildung, soziale Einrichtungen sowie die Energiewende und schaffen bezahlbaren Wohnraum und moderne Mobilitätsmodelle.

Auf globaler Ebene sind die richtungsweisenden Entscheidungen für einen Umbau unserer Wirtschaft bereits gefallen. Mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen hat die Staatengemeinschaft gemeinsame Ziele festgelegt (Sustainable Development Goals), deren Erreichen für eine nachhaltige Entwicklung unseres Planeten und der Menschheit notwendig ist. Das Klimaabkommen von Paris ist die verbindliche Einigung darüber, die Klimaerwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu reduzieren. Das bedeutet den konsequenten Ausstieg aus atomaren und fossilen Energien bis 2050.

Die Ziele sind auf globaler Ebene entschieden. Unzählige kleine und mittlere Unternehmen sind bereit und in der Lage, die Wende für ein sozial-ökologisches Wirtschaften voranzutreiben. Um diese globalen Ziele zu erreichen, müssen jetzt durch die Politik klar und unwiderruflich die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Die folgenden Themen sind notwendige Schlüsselbedingungen für eine enkeltaugliche Wirtschaft.

### Kapital stärker besteuern und Arbeitseinkommen entlasten!

Die Wirtschaft ist in einem großen Wandel begriffen. Durch zunehmende Automatisierung steigt die Produktivität in Produktion und Dienstleistung stetig an und die Lohnquote sinkt. Dieser Trend wird sich durch die Digitalisierung und das schrittweise Einsetzen der künstlichen Intelligenz noch weiter verstärken. Menschliche Arbeit wird – soweit möglich – durch Maschinen ersetzt. In der Folge verschiebt sich ein immer größerer Anteil der Wertschöpfung von der Arbeit zum Kapital. Nicht nur Arbeitsplätze sondern vor allem Einkommensplätze werden verdrängt. Das bedeutet notwendigerweise, dass die an die Wertschöpfung gekoppelten Geldströme vermehrt dem Kapital zufließen und die Arbeitseinkommen relativ sinken.

Darauf muss mit einer umfassenden Finanzreform reagiert werden. Die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben muss mehr aus Kapital und weniger aus Arbeit erfolgen. Wir brauchen daher dringend eine stärkere Besteuerung des Kapitals und des Kapitalertrags sowie eine steuerliche Entlastung der Arbeitseinkommen.

### Bedingungsloses Grundeinkommen für alle!

Den Menschen sollen die Grundbedürfnisse wie Essen, Kleidung oder Wohnraum garantiert sein. Das ist eine Pflicht unseres Verfassungsstaates. Und es bestehen die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür. Wir leben heute in der westlichen Welt in Gesellschaften des Überflusses, das zeigt nicht zuletzt unser Umgang mit Nahrungsmitteln und Kleidung. Unsere Wirtschaftsordnung stößt jedoch an Grenzen, wenn es darum geht, den Überfluss sinnvoll und gerecht zu verteilen.

Daher brauchen wir ein Grundeinkommen, das bedingungslos an alle Bürger ausgezahlt wird und eine wirtschaftliche Grundsicherung darstellt. Finanziert werden kann es durch wegfallende

Sozialleistungen und Erträge aus den Kapitalsteuern. Das bedingungslose Grundeinkommen beseitigt die Stigmatisierung, der Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger ausgesetzt sind. Es wahrt die Menschenwürde. Die individuelle Autonomie des Einzelnen wird gestärkt, sinnvolle Arbeiten werden gefördert, neue Erwerbstätigkeiten werden ermöglicht. Und der Sozialstaat wird von Bürokratie entlastet.

## **Ausnahmslose Abgabe auf den Ausstoß von CO<sub>2</sub>!**

Die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden darf nicht länger auf die Allgemeinheit und zukünftige Generationen abgewälzt werden. Sie muss verursachergerecht durch Abgaben bepreist werden.

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sinken in Deutschland viel langsamer als sie es könnten und gemäß internationaler Vereinbarungen müssten. Die konsequente Umstellung aller Sektoren auf CO<sub>2</sub>-neutrale Energiequellen erfordert eine geeignete Grundlage. Wir brauchen eine Lenkungsabgabe auf die Emission von Treibhausgasen durch fossile Energieträger („CO<sub>2</sub>-Abgabe“). Die Höhe der Abgabe kann aufkommensneutral zu den bestehenden Energieumlagen und -steuern (Kohle, Öl und Heizgas) bemessen werden. Damit werden die Kosten nicht mehr externalisiert sondern den tatsächlichen Verursachern zugerechnet.

Durch ein klares Preissignal entsteht der Anreiz für eine bessere Ausnutzung vorhandener emissionsärmerer Erzeugungskapazitäten. Außerdem könnten durch die CO<sub>2</sub>-Abgabe die komplizierten Förderstrukturen für die erneuerbaren Energien wegfallen. Der Wettbewerb zwischen fossilen, atomaren und erneuerbaren Energien wird nur dann gelingen, wenn die langfristigen Umweltschäden und Zerstörungsrisiken verursachergerecht und ausnahmslos eingepreist sind.

## **Konsequente Abgabe auf Spritz- und Düngemittel!**

Die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen muss in der Landwirtschaft stärker in den Vordergrund rücken. Wir können es uns nicht leisten, weiter Raubbau an wertvollen Ökosystemen zu

betreiben. Die intensive Landwirtschaft führt zu einer massiven Verarmung der Biodiversität, Tier- und Pflanzenarten sterben zusehends aus. Die Grundwasserbelastung durch zu hohe Nährstoffeinträge führt in vielen Regionen zu weitreichenden Schäden. Im Interesse der folgenden Generationen müssen wir für sauberes Wasser und intakte Böden sorgen.

Die Verantwortung der Landwirtschaft für den Erhalt und die Förderung der Bodenfruchtbarkeit muss gestärkt werden, denn sie ist die Lebensgrundlage für eine natürliche Artenvielfalt und letztlich auch für uns Menschen. Die Boden- und Grundwasserbelastung durch Chemikalien muss deutlich ihren Preis bekommen. Wir brauchen daher eine konsequente Abgabe auf die Nutzung von Pestiziden und Stickstoffdünger. Maßgeblich für die Höhe der Abgabe müssen die Kosten sein, die durch Reinigung und Aufbereitung entstehen. Wer Wasser und Boden verschmutzt muss dafür die Verantwortung tragen.

Bochum, 9. Juni 2017

Für die Geschäftsleitung

Thomas Jorberg  
Vorstandssprecher

Christina Opitz  
Vorstand Individual-  
und Firmenkunden